



Vierteljähriger Abonnement-List. in Breslau 1½ Thlr., Wochen-Monat. 5 Egr., außerhalb pro Quartal incl. Porto 2½ Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechsheligen Zeile in Periodicität 2 Egr., Reklame 5 Egr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Unterdem übernehmen alle Postanstalten Beziehungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 496. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 23. October 1874.

## Deutschland.

Berlin, 22. October. [Amtliches.] Der bisherige Regierungs-Assessor Tritsch ist zum etatsmäßigen Militär-Intendantur-Assessor ernannt und der Intendantur des X. Armee-Corps überwiesen worden. — Der bisherige Baumeister Heinrich Linker zu Pr. Stargard ist als Königlicher Kreisbau-meister dasselbe angestellt worden.

Dem Ingenieur und Betriebs-Inspector der Breslauer Wasserwerke G. Wieg zu Breslau ist unter dem 20. October 1874 ein Patent auf ein Absperrventil für Wasserleitungen auf drei Jahre ertheilt worden. — Dem Civil-Ingenieur C. Wigand zu Bielefeld ist unter dem 20. October 1874 ein Patent auf einen Apparat zum Anzeigen und zur gleichzeitigen Sidrung eines Dampfverzuges bei Dampfmaschinen auf drei Jahre ertheilt worden.

Berlin, 22. October. [Se. Majestät der Kaiser und König] sind gestern Abend 7½ Uhr in Ludwigslust eingetroffen und von der Großherzoglichen Familie auf dem Bahnhofe empfangen worden. Von der Einwohnerschaft, welche einen großen Fackelzug veranstaltete, wurden Se. Majestät enthusiastisch begrüßt. Heute und morgen werden in der Fasnachtstag auf Roth- und Schwarzwild abgehalten.

(Reichsanzeiger.)

○ Berlin, 22. Octbr. [Der Reichstag.] — Die Selbst-verwaltung. — Die Justiz-Commission. — Der Handels-tag. — Der Bundesrat ist stark mit den Vorarbeiten für das Civil-Ehegesetz beschäftigt, um es möglich zu machen, dasselbe dem Reichstag noch in seiner Herbst-Session zugehen zu lassen. — Der Artikel der „Prov.-Corr.“ über die Aspekte des Reichstages findet übrigens, so weit man es bis jetzt übersehen kann, eine sehr günstige Aufnahme und erkennt man es gern an, daß der Reichstag bis zum 15. Januar, dem Termine des Zusammentritts des Landtags, wohl fertig mit seinen Arbeiten sein wird; zugleich aber liegt darin auch die Anerkennung, daß die Arbeiten des Landtags sehr wichtig sein werden; es handelt sich bekanntlich um die Weiterführung des Programms der Selbstverwaltung, und steht der Minister des Innern, wie man hört, im Begriff, sich mit hervorragenden Mitgliedern des Landtages zu beschreiten. Inzwischen setzt die „Hessische Morgen-Zeitung“ ihre Agitation gegen die Anwendung der Reform-Gesetzgebung in der Provinz Hessen-Nassau fort und versteigt sich in der gestrichenen Nummer sogar soweit, zu behaupten, daß Bedürfnis der Provinz bestehne darin, vorläufig mit allen neuen Gesetzen verschont zu werden. Es handelt sich danach also überhaupt um die Verschließung gegen die ganze reformatorische Gesetzgebung. Die „Hess. Morgenzeitung“ führt als Argument eine Reihe von angeblichen Thatsachen auf, welche aber durchaus leichtfertig zusammengestellt und behandelt sind, und wird man von amtlicher Seite wohl nicht anstreben, diese Behauptungen in energischer Weise zu widerlegen. Uebrigens tritt die gesammte lib. Presse gegen die „Hess. Morgenzeitung“ auf; so sagt die „Nat.-Ztg.“, Hessen-Nassau werde sich doch wohl bescheiden müssen, wenigstens diejenigen Modifizierungen bei sich aufzunehmen, ohne welche die Durchführung der Kreis- und Provinzial-Versöhnungs-Reform im ganzen Preußischen Staate unmöglich ist. So wird denn auch die Regierung keine Rücksicht auf solch vereinzelte Agitation nehmen und mit der Durchführung dessen, was von ihr wie von den verschiedensten Parteien, speziell von den liberalen, als nothwendig erkannt ist, ruhig weiter gehen. — Der Militär-Etat ist jetzt im Kriegsministerium nach eingetreterner Verständigung umgearbeitet worden und wird dem Bundesrat nun sofort zugehen. — Die „Nat.-Ztg.“ bestreitet, daß es in der Absicht liege, eine Position für die permanente Justiz-Commission in den Etat aufzunehmen und fügt hinzu, es sei weder im Bundesrat noch im Reichskanzleramt von einer solchen Commission zu überhaupt die Rede gewesen. Die „Nat.-Ztg.“ ist bekanntlich sonst in Reichsangelegenheiten sehr gut unterrichtet, hier aber scheint sie sich doch zu irren. Die Frage ist im Bundesrat zur Sprache gekommen, aber allerdings nicht in der Absicht, die Initiative zu ergreifen, sondern dem Reichstage zu überlassen und nur sich zu verständigen, ob er eventuell auf solchen Antrag eingehen würde. Auch die Aufnahme einer besonderen Position in den Etat kann nicht als ein Anzeichen gedeutet werden, daß die Entscheidung des Reichstages vorausgesetzt werden soll, denn jedenfalls wird, wenn diese Position zur Beratung kommen sollte, schon ein Besluß darüber gefaßt sein. — Das Präsidium zu Arnswald wird wohl in nächster Zeit befehlen, es dürfe aber dazu eine Persönlichkeit aussersehen sein, welche bei den verschiedenen Combinationen nicht genannt worden ist, wahrscheinlich ein bisheriger Vize-Präsident. — Das Gericht, daß die Einführung der Reichsmarkwährung zum 1. Januar f. J. noch nicht stattfinden soll, ist unbegründet. — Der heutigen 1. Sitzung des von heut bis übermorgen hier tagenden 6. deutschen Handelstages hat der Minister Dr. Achenbach unter Assistenten des Geh. Ober-Regierungsrathes v. Jacob beigewohnt. Es kam zur Sprache, daß die Vorarbeiten für den Rostock-Berliner Kanal beendet sind, und der Vorsitzende des Vereins, Herr Moritz Wiggers, hat in einer Druckschrift einen Bericht über den Stand der Vorarbeiten veröffentlicht. — Am 15. d. Ms. hat in Hannover eine Delegierten-Conferenz der deutschen Handelskammern stattgefunden, welche sich für die Beschlüsse des internationalen Brüsseler Congresses über einheitliche Garn-Numerirung ausgesprochen hat.

\*\* Berlin, 22. Oct. [Verkauf nach Gewicht.] — Verbot.

— Das Seelsorger-Amt.] Der hiesige Magistrat hat im Einvernehmen mit der Stadtverordneten-Versammlung an das hiesige Polizei-Präsidium ein Schreiben gerichtet, in welchem dasselbe erucht, eine Polizei-Verordnung zu erlassen, nach welcher der Verkauf von Cerealen, Kartoffeln, Obst und Gemüse (sowohl bisher der Handel nach der Stückzahl nicht gebräuchlich war) fortan nur nach Gewicht gestattet ist. Wie in diesem Schreiben unter Anderem motivirend ausgeführt wird, hat sich auf den hiesigen Wochentischen bereits seit langer Zeit der Uebelstand herausgestellt, daß die Hohlmasse bereits seit langer Zeit der Uebelstand herausgestellt, daß die Käufer für die Quantität der ihnen verkauften Waaren einen richtigen Maßstab nicht haben. Der betrügerischen Geschicklichkeit mancher Händler gelingt es, durch künstliches Einlegen der Waaren in die Hohlmasse diese gefüllt erscheinen zu lassen, obgleich sie tatsächlich noch weit mehr Waaren aufnehmen könnten. Diese Art des Messens benachtheilt nicht allein das Kaufende Publikum, sondern auch die reellen Verkäufer, die mit den unreellen in den Preisen nicht concurriren können. Durch Einführung des Gewichts an Stelle des Hohlmassen wird sich der Preis nach der Bequemlichkeit der Waaren und der Conjectur naturgemäß regeln und

das kaufende Publikum vor Uebervorteilungen möglichst geschützt werden. Im Engros-Handel ist der Verkauf der Cerealen nach dem Gewicht längst allgemeiner Usus, im Detail-Handel ist er ebenfalls in Österreich, Italien beim Obstverkauf im Gebrauch und erweist sich eben so leicht ausführbar wie practisch. Es wird nur einer kurzen Gewohnheit des kaufenden und verkaugenden Publikums bedürfen, um seine Vortheile auch den hiesigen Einwohnern zu veranschaulichen. — Das unterm 25. Juli 1873 von der königlichen Regierung zu Königsberg erlassene Verbot der Ein- und Durchfuhr von Kindvölkern und anderen Wiederkäufern aus Russland dauert nach hierher gelangten offiziellen Mittheilungen noch unverändert fort. Dagegen hat die gedachte Regierung zur Anordnung weiterer Maßregeln Beabsicht, Abwehr der Kinderpest zur Zeit keine Veranlassung gefunden, da die Seuche sich bis jetzt in einer Entfernung von über 8 Meilen von der Grenze des Regierungsbezirks Königsberg gehalten hat. — In der Sitzung des Ober-Tribunal-Senats für Sachsen vom 8. October erkannte das Ober-Tribunal: daß ein „geistliches Amt“ im Sinne der Maigesetze nicht mit „Seelsorger-Amt“ gleichbedeutend ist. Vielmehr fällt unter diesen Begriff auch das Amt eines Hilfs-Geistlichen, welcher zwar nicht die Seelsorge auszuüben oder die eigentlich pfarramtlichen Functionen wahrmeynen, aber doch in der Kirche Messe zu lesen, oder an der Versiegelung des Gottesdienstes Theil zu nehmen hat.

[Der Prozeß gegen den Grafen Arnim.] Der telegraphisch gemeldete Artikel der „Kreuzzeitung“ lautet:

Bei dem außerordentlichen Interesse, welches die Arnim'sche Angelegenheit findet, glauben wir unsern Lesern eine Mittheilung nicht vorenthalten zu dürfen, welche aus gut unterrichteten Kreisen stammt und die Ansicht des Grafen über den Streitpunkt so präzise, daß ein Verständnis seiner Handlungswweise möglich wird. Durch die Wiedergabe dieser Mittheilungen soll dem Urtheile nicht vorgegriffen werden, ob diese seine Handlungswweise vor dem Geiste bestehen kann und wird.

Die Erörterungen der Presse gingen bisher meist von folgenden Gesichtspunkten aus:

Die Schriftstücke, welche Graf Arnim sich herauszugeben weigert, sind amtliche Schriftstücke, darum hat er kein Recht sie zu behalten. Graf Arnim hat auch nicht das Recht, sie für Privatbriefe zu erklären, wenn das auswärtige Amt sie für amtliche Documente erklärt. Das auswärtige Amt aber ist allein Richter über diese Frage, und wenn Graf Arnim sich mit der Meinung des auswärtigen Amtes in Widerspruch setzt, so verfällt er dem Strafgesetz.

Die Sache lag nun aber ganz anders. Graf Arnim bestreite durchaus nicht den dienstlichen und amtlichen Charakter der von ihm beantragten Schriftstücke. Er sagt nur: diese Schriftstücke gehörten nicht in das Archiv der Poststelle, sind nie in demselben und ich bin der Meinung, daß ich sie nicht an dasselbe abzuliefern habe; denn sie betreffen sämmtlich meinen Conflict, in welchen ich mit dem Reichskanzler gerathen war und der persönliche Charakter dieser Schriftstücke ist so vorwiegend, daß ich mich für berechtigt erachte, sie für mich zu behalten. Wenn meine Aussage irrig ist, so kann das auswärtige Amt nicht Richter und Partei zugleich sein, sondern das Civilgericht oder wenn das Urtheil desselben mitsich ist, eine Sachverständigen-Commission muß darüber entscheiden.

Graf Arnim hat allerdings auch gesagt, daß er sich des Besitzes dieser Schriftstücke nicht entzlagen könne, weil er sie zur Vertheidigung gegen gewisse Anklagen brauche, die der Reichskanzler gegen ihn erhoben hat. Zugleich wäre auch für ihn der Wunsch maßgebend gewesen, daß diese Correspondenzen einer sehr peinlichen Episode entstammen, nicht zum ewigen Andenken allen möglichen Postchaftern, Postchafoten und Camillisten zugänglich bliebe. Er hat endlich die Herausgabe niemals unbedingt verweigert, sondern nur gesagt: Ich glaube, diese Schriftstücke gehören mir. Wenn mir bewiesen wird, daß ich Unrecht habe, stehen sie dem auswärtigen Amt zur Disposition. Wie nun unter solchen Verhältnissen der § 133 und der § 348 des Strafgesetzbuches Anwendung finden sollen, sei ihm durchaus unverständlich.

Die Schriftstücke sind keine Urkunden im Sinne des Gesetzes und nach der Praxis des Dienstes. Sie sind auch nicht bei Seite geschafft, beschädigt oder vernichtet, sondern sie sind vollständig vorhanden, nur das Eigentumss-Recht an denselben ist streitig. Daß diese Frage nicht so ohne Weiteres ex majore auctoritate entschieden werden kann, scheint evident. Dies folge auch daraus, daß das auswärtige Amt Anfangs auch diejenigen, zu dieser Correspondenz gehörenden und dieselbe abschließenden Erlaß beansprucht, sondern nur gesagt: Ich glaube, diese Schriftstücke gehören mir. Wenn mir bewiesen wird, daß ich Unrecht habe, stehen sie dem auswärtigen Amt zur Disposition. Wie nun unter solchen Verhältnissen der § 133 und der § 348 des Strafgesetzbuches Anwendung finden sollen, sei ihm durchaus unverständlich.

Es wird nun mit Bestimmtheit ausgesprochen, daß Graf Arnim die Herausgabe der übrigen Erlaß nicht verweigert haben wird, wenn man ihm gegenüber, so lange noch über diese Sache correspontirt wurde, den Unterschied gemacht hätte, den das auswärtige Amt jetzt, wahrscheinlich nach näherer Information von juristischer Seite, gemacht hat. Anstatt dessen hatte das auswärtige Amt aber dem Grafen Arnim vor länger als acht Wochen in der verdecktesten Weise eröffnet, daß seine Weigerung, die Schriftstücke herauszugeben, — jene auf die Ernennung nach Konstantinopel bezüglich mit eingeschlossen — ein Vergehen gegen die §§ 133, 348 und 350 constituirte, mit anderen Worten, daß er sich einer Unterstüzung schuldig mache. Die Verurteilung auf § 350 hat man jetzt aufgegeben.

Könnte aber Graf Arnim auf einen solchen Erlaß, auf solche Drohungen hin, die Schriftstücke sofort herausgeben, ohne sich dem Verdachte auszusetzen, daß er sich wirklich vor der Anklage fürchte, einer Unterschlagung schuldig zu sein? Dies Alles wird die Verhandlung aufklären.

Unverständlich bleibt aber immer die Unterstüzungshaft des nach vielen ärztlichen Zeugnissen schwer und gefährlich kranken Grafen. Für den Fall, daß man sichret, Graf Arnim könne die in Rüde stehenden Actenstücke veröffentlichen, müsse man sich doch sagen, daß es ihm viel leichter würde, Mißbrauch mit den Papieren zu treiben, wenn er Abschriften davon genommen und die Originale ruhig in der Pariser Poststelle gelassen hätte.

An einen Fluchtversuch aber kann wohl mit Ernst nicht gedacht werden. Niemand in der Welt habe ein solches Interesse, diezen Prozeß zu Ende zu führen, als der schwergekränkte Staatsmann, der jetzt seiner Freiheit in einer so harten Form beraubt ist.

D. B. C. [Dementi.] Die „Augsb. Allg. Ztg.“ läßt sich von einem ihrer hiesigen Correspondenten telegraphisch melden, der Geheim-Legationsrath Aegidi werde nach Ablauf seines Urlaubs nicht mehr in seine bisherigen Functionen zurückkehren. Die Nichtigkeit dieser Angaben läßt sich am besten dadurch feststellen, wenn wir mittheilen, daß der Geheimrath Aegidi am 24. d. M. hier wieder eintrifft und dann sofort seine bisherigen Functionen wieder übernimmt.

[Sechster deutscher Handelstag.] Im Bürgersaal des Berliner Rathauses wurde heute Vormittag gegen 10 Uhr die Versammlung vom Commercierrath Delbrück (Berlin) eröffnet, welcher zunächst den anwesenden Handelsminister Dr. Achenbach begrüßte. Letzterer äußerte sich ungefähr folgendermaßen: Meine Herren! Ich habe die Ehre, Sie auf Herzlichste zu begrüßen. Sie kommen leider zu einer Zeit zusammen, wo aller Handel und Industrie nach einer nie geahnten rapiden Steigerung fast vollständig dargestellt ist. Ich gebe mich jedoch der Hoffnung hin, daß ein gemeinschaftliches, unermüdliches Zusammenwirken aller kommerziellen und industriellen Organe nicht versiehen wird, den deutschen Handel und Industrie in nicht allzu langer Zeit auf denjenigen florirenden Standpunkt zu führen, der der deutschen Nation geziemt. (Bravo.) Es ist deshalb aufs Freudigste zu be-

grünken, daß sich sachverständige Männer aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes versammeln, um zum wenigsten über wichtige Handelsfragen Rath zu ertheilen. Die Frage des Eisenbahntarifes ist allerdings eine sehr schwierige und wird auch gewiß in dieser Versammlung große Meinungs-verschiedenheiten zu Tage fördern. Gleichwohl werden ihre Berathungen, sachlich und leidenschaftlos geführt, wesentlich zur Verbilligung der Gesetze beitragen. Der deutsche Handelstag bildet ja ein Stil deutscher Einheit (Bravo), und wenn wir auch gegenwärtig eine deutsche Handels-Reichsgesetzgebung haben, so können gesetzgebende und auf Freiwilligkeit basirende Körperschaften bei einigermaßen gutem Willen sehr wohl zusammenwirken. Ist ja den Beschluß freiwilliger Körperschaften ein sehr wesentlich elastischer Charakter zuzuerkennen. Indem ich den Wunsch ausspreche, daß Ihre Verhandlungen dem deutschen Handel und Industrie zur größten Ehre gereichen werden, heiße ich Sie als preußischer Handelsminister herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Oberbürgermeister Hobrecht: Auch ich habe die Ehre, Sie aufs Beste zu begrüßen. Wenn auch der deutsche Handelstag von Gelegenheitswegen keine Beziehungen mehr mit den städtischen Communen hat, so kann ein freiwilliges Zusammenwirken jedoch bisweilen bedeutend größeren Nutzen schaffen. (Bravo.) Der Vorsitzende der Altesten der Berliner Kaufmannschaft, Commerzienrath Conrad, begrüßte ebenfalls die Versammlung und brachte schließlich ein dreifaches Hoch auf Se. Maj. den deutschen Kaiser aus, in das die Versammlung lebhaft einstimmten. Es waren etwa 150 Delegirte anwesend. Von bekannten Persönlichkeiten bemerkte ich außer den bereits erwähnten u. a. die Handelskammer-Sekretäre Dr. Alexander Meyer (Berlin), Bueck (Düsseldorf), Julius Schulz (Mainz), Genzel (Leipzig), Cras (Breslau) und den Abg. Dr. Hammacher, Brömel (Stettin). Außerdem waren der Ministerial-Director Dr. Jacobi und der Präsident des deutschen Reichsbahnabn-amtes, Geh. Regierungsrath Maybach, anwesend. Nachdem Commerzienrath Delbrück (Berlin) zum ersten, Rommel (Augsburg) zum zweiten und Merkel (Elberfeld) zum dritten Vorsitzenden gewählt worden war, referierte Dr. Alexander Meyer (Berlin) über die Eisenbahntariffrage. Er schlägt folgende Resolution vor: „Der Deutsche Handelstag erklärt es für dringend nothwendig, die Ausführung der Tarifreform, welche mit dem 1. Januar f. J. in Wirklichkeit treten soll, zu verzögern. Er beauftragt den bleibenden Ausschuß, das Reichsbahnamt zu erüthern, die Ansichten des Handelsstandes über das adoptirte sog. Braunschweiger System durch Einberufung von Delegirten einzuhören, den Eisenbahngesellschaften zu gestatten, die Tarifsätze, wie solche auf Grund der Bundesratsbeschlüsse vom 11. Juni bestehen, als nicht zu überreichende Maximaltarife festzuhalten, daneben dieselben aber unter Aufrechterhaltung sämmtlicher bestehender Verträge festzustellen, den Modifizierungen zu ermächtigen, Tarifermäßigungen einzuführen, auch wieder rückgängig zu machen.“ — Herr Bunt (Düsseldorf) schlug Namens des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westphalen andererseits folgende Resolutionen vor: 1) Bei einer neuen Regelung des Tarifwesens ist zunächst von der Einführung des sogenannten Braunschweiger Systems wie auch des zur Zeit in Elsass-Lothringen bestehenden Gewichts- und Wagenraum-Tarifs unbedingt abzustehen. — 2) An die Stelle der Tarifreform tritt eine Revision aller Tarife. Diese Revision hat unter Beibehaltung der Werbeclassefication aus der Entwicklung des Tarifwesens hervorgegangene berechtigte Verschiedenheiten zu berücksichtigen, immotivirte Separatbestimmungen aber zu beseitigen und in diesem Sinne auf mögliche Vereinfachung der Tarife hinzuwirken. Die Revision ist dem Reichs-Eisenbahn-Amt zu übertragen, welches zu verpflichten ist, dieselbe unter Beziehung einer gleichen Zahl von Transporteuren und Transportgebern im contradictorischen Verfahren vorzunehmen. 3) Unter Aufrechterhaltung des Protestes gegen die 20prozentige Erhöhung der Tarife verlangen wir, dem Maßspruch des Bundesrates gegenüber, daß keine Waaren oder Artikel bei der Revision der Tarife durch eine neue Classification um mehr als 20 % gegen den Satz erhöht werden, zu welchem sie vor dem 1. August c. transportirt wurden. 4) Den Eisenbahnen soll das Recht zustehen, a. Unter Aufrechterhaltung der bestehenden Einschränkungen Differential-Tarife für besondere Strecken, namentlich aber für die Exportlinien zeitweise oder auf die Dauer einzurichten; b. innerhalb der von der Revision gezogenen Grenzen bezüglich der Tarifierung von Waaren und Artikeln, sich mit der Maßgabe zu bewegen, daß jedem Transportgeber unter denselben Verhältnissen dieselben Bedingungen gestellt werden müssen; c. eingeführte Tarifermäßigungen jedoch ohne Präjudiz nachweislich, auf die Dauer längstens eines Jahres, geschlossen Verträge, jederzeit wieder aufzuheben; doch sollen die Eisenbahnen verpflichtet sein, eine derartige Aufhebung drei Monate vorher zu publizieren. — 5. Das Revisionswerk soll mindestens alle 5 Jahre wiederholt werden. — Herr Witte (Rostock) erklärte, daß er sich vorbehalte, in Gemeinschaft mit den Vertretern der freien Städte Hamburg und Bremen einen Antrag auf Annahme des Elsass-Lothringischen Gewichts- und Wagenraum-Tarifs, der sich vorzüglich bewährt habe, einzubringen. — Herr Bertelsmann (Bielefeld) findet es bedenklich, die ganze Tarifreform nach dem Antrage des Referenten auf unbestimmte Zeit zu verfügen, und schließt sich deshalb dem Düsseldorfer Antrag an. — Herr Medel (Elberfeld) hebt hervor, daß der einseitige Beschluß des Bundesrates auf Erhöhung der Tarife ohne die Zustimmung des Reichstages gar nicht rechtmäßig sei, weil er der Verfassung widerspreche. — Herr Hammacher erinnert daran, daß die Preuß. Regierung selbst dieses Verfassungsbedenken gehabt habe und erst in Folge eines Beschlusses des Reichskanzleramts von demselben zurück gelommen sei. Er schlägt im Namen des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtbezirk Dortmund in Gemeinschaft mit den Handelskammern von Essen, Mülheim a. R., Bochum, Dortmund, Grefeld und Magdeburg vor, in dem Antrage der Referenten die Worte: „den Eisenbahngesellschaften zu gestatten“ sei zum Schlus zu streichen und statt dessen zu sagen: „und sowohl bei dem Reichskanzleramt als auch bei den zuständigen Behörden der Einzelpaaten seinen Einfluß darin zur Geltung zu bringen, daß die von den Eisenbahnverwaltungen auf Grund des Bundesbeschlusses vom 11. Juni cr. vorgenommenen Tarifänderungen im Einzelnen unter Beziehung der Interessen einer sorgfältigen Prüfung unterzogen und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des Landes wie der Eisenbahn auf ein verständiges Maß zurückgeführt werden, so wie, daß die auf Grund dieser Revision festgestellten Tarife als nicht zu überschreitende Maximal-Tarife gelten.“ Der Deutsche Handelstag erklärt es für eine gerechtfertigte Forderung, daß die Eisenbahn-Verwaltungen in jedem Falle, mag das Raum-Tarif-System eingeführt oder das jegliche Classificationssystem beibehalten werden, die Befugnis einzuräumen ist, innerhalb der Maximalsätze die Bildung neuer Spezialtarif-Klassen nach freiem Ermeessen vorzunehmen.

Köln, 19. October. [Reichstagswahl.] Für den durch die Mandat-Niederlegung des Assessors Pauli erledigten Sitzen werden von der Fortschritts-Partei dem Bernheimer nach der Schriftsteller Heinrich Bürgers, oder Advocat Nissen in Köln in Vorschlag gebracht.

Aus Nassau, 19. October. [Der Bischof von Limburg] hat seit einiger Zeit einen Caplan, Namens Hartig, an der Liebfrauenkirche in Frankfurt a. M. ohne die Genehmigung des Oberpräfidenten angestellt und wird sich dieserhalb vor dem Staatsanwalt zu verantworten haben. (Rh. R.)

+ Dresden, 22. October. [Reichstagswahl.] — Vorträge über die Civilehe. — Aus dem Schönburgischen. — Der Adel in Sachsen. — Die Dresdener Handels- und Gewerbe kammer über das Bankgesetz und über den deutschen Handelstag. — Die sozialdemokratische Agitation zu Gunsten der Wahl des

mögliche Candidat ist, welcher den sozialdemokratischen Gegner besiegen kann, unterliegt keinem Zweifel, denn weder die Fortschrittspartei, welche ursprünglich Herrn Bürgers in Wiesbaden, noch die Nationalliberalen, die zum Theil den national gesinnten Geheimrath von König, zum Theil den Herausgeber der ehemaligen „Constitutionellen Zeitung“, Adv. Siegel, aufstellten wollten, konnten sich einer Läuschung über den Erfolg einer Wahlagitation hingeben, die bei den Conservativen, selbst Angesichts einer sozialdemokratischen Agitation, keine Stütze gefunden hatte. Als seiner Zeit Prof. Köchly gewählt wurde, handelten die Liberalen einmütig und stand kein Socialdemokrat in Frage, heute ist das anders und so ist es nur freudig zu begrüßen, daß, wenn einmal die Socialdemokratie bekämpft werden soll, deren Gegner sich wenigstens unter einander einig zeigen, um einen Mann auf ihren Schild zu erheben, dem noch keine Partei Feindschaft zu tragen Ursache hatte. — Das vor einiger Zeit einigermaßen spöttisch besprochene Vorhaben des Reichstagsabgeordneten Prof. Fröhlauf, in seinem zweiten sächsischen Wahlkreise Vorträge über seine Thätigkeit im Reichstage gegen ein Eintrittsgeld zu halten, ist jetzt zur Wirklichkeit geworden und es zeigt sich nunmehr, daß er seinen Lauschern Vorträge über die Civilität halten will, die um so nothwendiger sind, weil just die evang. Geistlichkeit als unerbittliche Gegnerin derselben auftritt. Die kleinen Einnahmen werden wohlthätigen Zwecken zugewendet. — Aus dem Schönburg'schen hört man, daß dem königl. Commissar, Regierungsrath Grünler, Beamte und Bevölkerung bereitwillig zur Durchführung der neuen Verwaltungsgesetze entgegenkommen. Die Beamten wünschen sehrlich, daß das jetzige Provisorium sich in ein Definitivum verkehre, d. h. daß die Schönburg'sche Regierung der allgemein sächsischen Platz mache, sitemalen erstere ihnen auch noch den Gehalt verkürzt. Die Herren von Schönburg sind übrigens in der That mehr denn uneins; die

Grafen wollen nicht wie der Fürst und dieser geht nicht mit ihnen. So wollten die Grafen die Schönburg'sche Sondergerichtsbarkeit erhalten wissen, während der Fürst sie aufzugeben bereit war, und sind diesem wieder die Verwaltungs-Gesetze nicht recht, während jene sich ihnen zu beugen bereit waren. Gelegentlich der jetzigen Ober-Beamtenstellen-Besetzung hat man die Bevorzugung des Adels rügen zu müssen geglaubt. Im Grunde hat der Adel nie bei uns aufgehört eine große Rolle zu spielen, allein den bürgerlichen Kreisen war es auch nie eingefallen, sich dagegen aufzulehnen. Unter fünf Ministern ist einer bürgerlich, unter vier Kreishauptleuten, keiner. Die Mehrzahl der Amtshauptleute ist ebenfalls adelig. Beim Militär ist die Bevorzugung des Adels anscheinend eine noch größere. — Die hiesige Handels- und Gewerbe-kammer hat in ihrer heutigen Sitzung den Reichsbankgesetzentwurf einer strengen Beurtheilung unterworfen und das Ministerium um Bekämpfung desselben ersucht. Gleichzeitig droht dieselbe mit ihrem Austritt aus dem Verbande des deutschen Handelsstages, falls nicht die Organisation desselben nach den Vorschlägen von Bielefeld und Düsseldorf eine andere Gestalt annähme.

Zürich, 18. Dezember. Vorstehendes Schreiben ist hierauf und  
zwei Tage, der 29. und 30. October zur Verhandlung angesetzt und  
es werden hierbei gegen 30 Zeugen und Sachverständige zur Vorla-  
dung gelangen. Die Geschworenenrolle ist bereits bekannt gegeben, es  
befinden sich unter denselben zehn Deconomen, und 20 sind dem Kauf-  
manns-, Fabrikanten- und Gewerbestande angehörig, einer ist Rechts-  
anwalt, einer praktischer Arzt. Aus diesen wird die Geschworenenbank  
zusammengesetzt werden. Diese Schwurgerichtsaison wird außer dem  
Kullmann'schen Fall noch über den ultramontanen Redacteur Kitter  
wegen Aufreizung zur allgemeinen Judenhege zu verhandeln haben.  
Zur Kullmann'schen Verhandlung ist die Anfrage um Zulassungskarten  
bereits so bedeutend, daß kaum allen Bitten wird Berücksichtigung zu  
Theil werden können.

Straßburg, 19. October: [Telegogramm des Kaisers.] Bei dem gestrigen Festmahl der Ingenieur-Offiziere brachte Se. Excellenz der General v. Fransecky den Toast auf den Kaiser aus, welchem sofort telegraphisch Kenntniß von dem begeistert ausgebrachten Hoch gegeben wurde. Hierauf ist nun am gestrigen Abend gegen neun Uhr folgendes Antwort-Telegramm hier eingegangen:

An den General v. Fransecky. Empfangen Sie meinen aufrichtigen Dank für das Andenken, welches von der Versammlung der Kameraden mir durch Ihr Telegramm zugeht. Das Denkmal, welches das Ingenieur-Corps seinen gefallenen Mitgliedern setzt, ist zugleich eine Erinnerung, an die ehrenvolle Leistung im letzten Kriege, da es ihm vergönnt war, nicht nur die Zahl, sondern auch der Wichtigkeit nach die größten festen Plätze mit erobern zu helfen, daher hier nochmals den Befehlsgaben meine königliche Anerkennung,  
gez. Wilhelm.

# Ö sterreich

Wien, 21. Oct. [Zum Prozeß Arnim.] Das „N. Fr.-Bl.“ schreibt: „Heute wurde auch der Redacteur der auswärtigen Politik unseres Blattes, Herr Hermann Voget, vor dem hiesigen Landesgericht in dem Arnim-Prozeß vernommen. Herr Voget, der gleichfalls beeidigt wurde, sagte im Wesentlichen dasselbe, aus wie die Herren Wiener und Klebinder. Herr Voget constatirte dabei, daß Julius Lang im „N. Fr.-Bl.“ niemals als ein Vertrauensmann des Grafen Arnim dargestellt sei, sondern stets nur als preußischer Agent, als welchen er, Voget, Lang bereits vor 10 Jahren in Schleswig-Holstein kennen zu lernen Gelegenheit gehabt habe. Die Frage des Richters, ob er, Voget, noch im Besitz des Lang'schen Briefes vom 14. April sei, beantwortete der Befragte bejahend. Auf die weitere Frage, ob er bereit sei, dem Gericht Einsicht in das Schreiben zu gestatten, erklärte er, daß, da die Redaction die ganze Angelegenheit von vornherein nicht als Redactions-Geheimniß behandelt habe, weil Herr Lang kein Mitarbeiter des „Neuen Fremdenblatt“, kein Anstand sei, das Schreiben vorzulegen; er sei dazu um so mehr bereit, als es ihm im allgemeinen Interesse zu liegen scheine, wenn das Treiben derartiger Presß-Korsaren wie Lang, die sich je nach Bedarf bald als Ultramontane, bald als Liberale, bald als bühnende Sünder, bald als leichtsinnige Lebemannen aufspielten, öffentlich gebrandmarkt würde. Herr Voget legte sodann das Lang'sche Schreiben vor, aus dem die zur Sache gehörenden Stellen dem Protokoll einverleibt wurden. Die Frage, ob Lang wohl im Stande gewesen sei, wirkliche diplomatische Actenstücke, die noch anderswo nicht veröffentlicht worden seien, der Redaction mitzutheilen, erklärte sich Voget außer Stande zu beantworten. Möglich sei es, daß Lang die Absicht gehabt, das „Neue Fremden-Blatt“ zu dupliren; doch sei das nicht gerade wahrscheinlich, denn dem „Neuen Fremdenblatt“ einen Possen zu spielen, habe für Lang keine Veranlassung vorgelegen; auf eine bloße Geldmacherei scheine er es aber auch nicht abgesehen zu haben, da er keine bestimmten Honorarbedingungen gestellt. Die Vermuthung, daß Lang bei seinem Anerbieten im Auftrage preußischer Behörden, entweder der Presseleitung oder der geheimen Polizei, gehandelt habe, scheine ihm, Zeugen, um so berechtigter, als im Monat April dem „Neuen Fremden-Blatt“ auch von anderen Personen, die sich gleichfalls intimen Beziehungen in Berlin erüthrt hätten, ihre Mitarbeiter gewesen seien.“

**Schweiz.**  
Bern, 18. Octbr. [Bei Berathung der neuen Militärorganisation] mit welcher der Nationalrat in seiner Sitzung vom 12. v. Mz.

begann, fanden zunächst die ersten fünf Artikel, betreffend die Wehrpflicht nach den Anträgen der Commissionsmehrheit, mit einigen unwesentlichen Abänderungen der bundesrätlichen Vorlage Annahme. Sie lauten:

Art. 1. Jeder Schweizer wird zu Anfang des Jahres wehrpflichtig, in welchem er das zwanzigste Altersjahr zurücklegt. Die Wehrpflicht dauert bis zum Schlusse des Jahres, in dem er das vierundvierzigste Altersjahr vollendet. Art. 2. Von der Wehrpflicht sind während der Dauer ihres Amtes oder ihrer Anstellung entbunden: a. die Mitglieder des Bundesrates und des Kantons; b. die Beamten und Angestellten der Post- und Telegraphen-Verwaltung, der Pulververwaltung, der eidgenössischen Militärwerkstätten, sowie der eidgenössischen und cantonalen Zeughäuser; c. die unentbehrlichen Vorsteher und Krankenwärter der öffentlichen Spitäler, die Directoren und Gefangenvärter der Strafanstalten und Untersuchungsgefängnisse, die Offiziere und Soldaten der Polizeicorps, sowie die Zoll- und Grenzwächter; d. die Geistlichen, welche nicht zu Feldgeistlichen bestellt sind; e. die Lehrer der öffentlichen Schulen sind nur in so weit befreit, als sie von den Übungen und Schulen dispensirt werden dürfen, die mit der Erfüllung ihrer Berufspflichten collidiren; f. die Angestellten der Eisenbahunternehmungen, denen der Unterhalt und die Bewachung der Bahn obliegt, die Angestellten des Bahnbetriebes, das Bahnhof- und Stationspersonal, endlich die Angestellten der concessionirten Dampfschiff-Unternehmungen, denen der Fahrdienst obliegt. Wenn der Kriegsbetrieb der Eisenbahnen und Dampfschiffe angeordnet wird (Art. 205), so leisten die genannten Eisenbahn- und Dampfschiff-Angestellten ihren Dienst als solche und sind auch für die betreffende Zeit von jeder Erbschaftssteuer befreit. In Bezug auf die Eisenbahn-Angestellten bleiben die Bestimmungen der Artikel 28, 70 und 207 vorbehalten. Art. 3. Die diensttauglichen Schweizerbürger, welche zwar der Wehrpflicht entbunden (Art. 2), aber noch nicht eingeteilt sind, haben gleichwohl den Recruitencurs in einer Waffengattung mitzumachen und werden einem Truppenkörper zugeordnet. Art. 4. Von der Ausübung der Wehrpflicht sind diejenigen ausgeschlossen, welche in Folge strafgerichtlichen Urtheils nicht im Besitz der bürgerlichen Rechte und Ehren sind. Art. 5. Die Mitglieder der Bundesversammlung sind während der Dauer der Sitzungen von den militärischen Übungen befreit.

die Zweiteilung der Armee ohne Discussion an. Der betreffende Artikel lautet jetzt: „Artikel 6. Das Bundesheer besteht aus zwei Abtheilungen a. dem Auszug; b. der Landwehr.“ Für Artikel 7 hat der Bundesrat folgende Redaction beantragt: „Das Bundesheer begreift neben dem Generalstab und dem Stäben der einzelnen Heerestheile folgende Truppengattungen in sich: a. Infanterie (Füsiliere und Schützen); b. Cavallerie (Dragone und Guiden); c. Artillerie (Kanoniere, Train-Soldaten, Pack-Soldaten, Packtrain-Soldaten und Feuerwerker); d. Genie (Pioniere, Pontoniere und Pack-Soldaten); e. Sanitäts-Truppen; f. Verwaltungs-Truppen.“ Anlaßlich dieses Artikels 7 erhob sich eine längere Debatte über die Frage der Aufhebung der Scharfschützen-Corps als Special-Waffengattung, deren Existenzberechtigung, seitdem Schützen und Infanterie gleiche Waffen und Instruction besitzen, bestritten wurde, während Andere den taktischen Werth der Scharfschützen, namentlich im Hinblide auf die schweizerischen Terrain-Verhältnisse und aus ihre Verdienste um das Schießwesen im Lande, hervorhoben und sie daher beibehalten wissen wollten, worauf dann auch der positive Antrag des St. Galler Deputirten Hungerbühler auf Abschaffung mit 72 gegen nur 8 Stimmen abgelehnt wurde. Für Art. 8 beantragte der Bundesrath folgende Redaction: „In den verschiedenen Waffen- und Truppengattungen werden folgende Einheiten gebildet: a. Infanterie: das Bataillon, bestehend aus drei Divisionen zu zwei Compagnieen; b. Cavallerie: die Schwadron und die Guiden-Compagnie.“

c. Artillerie; die fahrende Batterie (leichte und schwere), die Gebirgsbatterie, die Positions-, die Parktrain-, die Park- und die Feuerwehr-Compagnie d. Genie; die Pionnier-, die Pontonier-, die Park- und die Eisenbahn-Compagnie; e. Sanitätstruppen; das Feldlazareth, die Transport-Colonne unter der Sanitäts-Eisenbahnzug; f. Verwaltungstruppen; die Verwaltungs-Division." Bei diesem Artikel stellt die Commission den Antrag, daß Lit. a. lautend soll: „Infanterie: das Bataillon, bestehend aus vier Compagnien“ Lit. b.: „Cavallerie: die Dragoner-Schwadron und die Guiden-Compagnie“ und Lit. e.: „Sanitätstruppen: das Feldlazareth und die Transport-Colonne“.

Der Nationalrat nahm aus diesen Art. 8 bis auf die das Genie und die Sanitätsstruppen betreffenden Bestimmungen, deren Berathungen verschoben wurden, mit den von der Commission beantragten, schon mitgetheilten Abänderungen an. Nach dem Entwurfe des Bundesrathes wurden angenommen: „Art. 9. Die in diesen Beständen (Art. 8) aufgeführten Aerzte, Apotheker, Wärter und Träger gehören zu den Sanitätsstruppen und dienen als Quartiermeister der Bataillone zu den Verwaltungstruppen. Sie werden von dem Bunde den verschiedenen Einheiten zugetheilt.“ Art. 10. Die Truppenkörper des Auszuges werden aus den zwölf ersten, diesenigen der Landwehr aus den folgenden Jahrgängen der gesammten dienstpflichtigen Mannschaft gebildet. Art. 11. Die Truppenkörper des Auszuges können aus denen der Landwehr der eigenen oder anderen Kantone ergänzt oder verstärkt werden. Art. 12. Von den Bestimmungen des Art. 10 sind ausgenommen: 1) die Hauptleute aller Waffengattungen, deren Gesamtdienstzeit im Auszug 15 Jahre beträgt; 2) die Stabsoffiziere (Majore, Oberst-Lieutenants und Obersten), welche während der ganzen Dauer der Wehrpflicht entweder dem Auszug oder der Landwehr zugetheilt werden können; 3) die Soldaten und Unteroffiziere der Cavallerie, welche nach zehn Jahren Auszugsdienst in die Landwehr übertritt; 4) die Soldaten und Unteroffiziere der Eisenbahn-Compagnieen.“ Mit diesen Artikeln war die zweite Abtheilung des neuen Gesetzes, welche die Eintheilung und Waffengattungen des Bundesheeres zum Gegenstand hat, beendigt. Vor der dritten Abtheilung, welche die Bestimmungen über die Recruitirung enthält, fand ohne Discussion Annahme: „Art. 13. Niemand darf in einer Waffengattung des Bundesheeres aufgenommen werden, der nicht dazu die erforderlichen Eigenschaften besitzt.“ Eine lange Debatte veranlaßte Art. 14, welcher die Dienstfähigkeit zum Gegenstande hat. Auch dieser Artikel wurde indeß nach dem bündesrätlichen Antrage unverändert angenommen. Art. 15 dagegen wurde an die Commission mit einer Reihe von Anträgen, zu welchen er Aulaß gegeben, zurückgewiesen. Die Berathung schritt dann fort bis Art. 19 und ergab Annahme mit geringen Abänderungen.

Mit Artikel 26 war die dritte Abtheilung des neuen Gesetzes beendigt. Die vierte Abtheilung handelt von den Truppeneinheiten des Bundes und der Cantone. Nach dem bundesräthlichen Entwurf wurde angenommen „Artikel 27. Der Bund bildet und unterhält im Auszug 12 Guider Compagnieen. In der Landwehr wird nur der personelle Bestand dieser Compagnieen formirt.“ Artikel 28, welcher das Genie zum Gegenstand hat, wurde verschoben. Unverändert nach bundesräthlichem Antrage fand wiederum Annahme der Artikel 29 über „Sanitätstruppen“. Die Berathung des Artikels 30, welcher von den „Verwaltungstruppen“ handelt, wurde ebenfalls verschoben. Das Gleiche geschah mit dem ganzen Abschnitt betreffend die von den Cantonen zu stellenden Truppeneinheiten. Mit Ueberspringung des Artikels der neuen Militärorganisation von Art. 30—49 nahm der Nationalrath heute seine Berathung bei letztem Artikel wieder rauh, welcher unverändert wie folgt Annahme fand: „Aus den Truppeneinheiten werden folgende zusammengesetzte Truppenkörper gebildet: a. Infanterie. Aus zwei oder drei Infanterie-Bataillonen das Infanterie-Regiment; aus zwei oder drei Infanterie-Regimentern die Infanterie-Brigade. b. Cavallerie. Aus zwei oder drei Dragoner-Schwadronen das Cavallerie-Regiment. Die Dragoner-Schwadronen, welche direct dem Ober-Commando unterstellt sind, bilden die Cavallerie-Reserve. c. Artillerie. Aus zwei Feld- oder Gebirgs-Batterien das Artillerie-Regiment; aus zwei bis vier Positions-Compagnien eine Abtheilung Positions-Artillerie; aus einer Park-Train-Compagnie und einer Park-Compagnie mit dem dazu gehörigen Fuhrwerksbestand die Park-Colonne; aus zwei Park-Colonnen der Divisions-Park; aus zwei oder drei Artillerie-Regimentern die Artillerie-Brigade, der in der Armee-Division der Divisions-Park zugelassen ist. Die zusammengesetzten Truppenkörper der Artillerie, welche dem Ober-Commando der Armee direct unterstellt werden, bilden die Artillerie-Reserve. (Lit. d. Genie, wurde verschoben.) e. Sanitäts-Truppen. Die Sanitäts-Truppe der Armee-Division verfehlt aus dem Feld-Lazaret und dem den Corps zugehörten Sanitäts-Personal. Die Sanitäts-Transport-Colonnen nebst den ihnen zugehörigen Park-Train-Compagnien und die Eisenbahn-Sanitätszüge bilden die Sanitäts-Reserve. (Lit. f. Verwaltungs-Truppen, wurde ebenfalls verschoben.) Ohne Discussion wurden angenommen: „Art. 50. Zwei oder drei Infanterie-Brigaden, welche mit Truppenkörpern anderer Waffengattungen unter einem Commando vereinigt werden, bilden die Armee-Division. In Friedenszeiten hat der Bundesrath, in Kriegszeiten der Obercommandant der Armee das Recht, für besondere Bedürfnisse andere als die in Art. 49 vorgesehenen Combinations zu treffen. Art. 51. Die Infanterie der Landwehr wird in Brigaden eingeteilt. Ueber die weitere Organisation der Truppenkörper der Landwehr verfügt der Bundesrath nach den Grundzügen dieses Gesetzes (Art. 49). Art. 52. Dem Bundesrath liegt die Pflicht ob, die in Art. 49 genannten Truppenverbände zusammenzuführen, aus denselben die Armee nach dem i.

wohl als den Stäben entstehenden Lücken sofort zu ergänzen. Die Armee-einteilung ist alljährlich zu veröffentlichen. Art. 53—68, welche von den Commandanten und Stäben der zusammengeführten Truppenkörper handeln, wurden ebenfalls ohne wesentliche Veränderung nach der Vorlage des Bundesrathes genehmigt; die Angabe ihrer einzelnen Bestimmungen ist jedoch hier nicht am Platze. Endlich fanden noch Annahme ohne Debatte die den Generalstab betreffenden Artikel 69—73, aus denen nur erwähnt sei, daß für den Dienst des Generalstabes ein eigenes Corps gebildet wird, welches abgesehen von der Eisenbahn-Abtheilung, aus 3 Obersten, 16 Oberst-Lieutenants oder Majoren und 35 Hauptleuten besteht.

Bern, 19. Oktbr. [Über Armee-organisation.] Nach Erledigung der Art. 68 bis 76 des Militärorganisationsgesetzes, welche vom Generalstaat handeln, ging der Nationalrat auf die Bestimmungen, betreffend die Ernennung der Offiziere und Unteroffiziere der Truppeneinheiten, resp. auf die Art. 36 bis 49 zurück, welche ohne erhebliche Debatte nach dem Antrage des Bundesraths, unverändert, genehmigt werden. Laut diesen Artikeln steht die Ernennung der Offiziere der einzelnen Truppenkörper, mit Ausnahme der Offiziere der vom Bunde gestellten Truppen, der Stäbe der Schützenbataillone und der combinierten Infanteriebataillone, unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften den Cantonsregierungen zu. Bei der Infanterie, den Schützen und der Cavallerie ernennt der Hauptmann die Unteroffiziere, deren Ernennung aber erst definitiv wird, wenn der Commandant der taktischen Einheit sie, nachdem der Betreffende mit Erfolg einen Unteroffiziers-Curs durchgemacht, genehmigt hat. Bei dem Genie und der Artillerie ernennt der Hauptmann die Gefreiten nach dem Rekrutencurs; dieselben werden aber erst Unteroffiziere, wenn sie einem zweiten Recrutencurs in ihrer Waffe mit Erfolg beigewohnt haben. Aus den Unteroffizieren oder den Soldaten, welche von den Offizieren der betreffenden Einheiten und den Instructoren hierzu tauglich erklärt werden, bezeichnen die cantonalen Behörden diejenigen, welche eine Offiziersbildungsschule zu besuchen haben. Diejenigen Unteroffiziere und Soldaten endlich, welche in den Offiziersbildungsschulen das Zeugniß der Besährigung erworben, werden von den Regierungen der Cantone zu Lieutenant ernannt. Die Beförderung vom Lieutenant zum Oberlieutenant erfolgt nach Bedarf und nach dem Dienstalter; diejenige vom Oberlieutenant zum Hauptmann und vom Hauptmann zum Major (Bataillonscommandanten) auf ein Zeugniß genügender Fähigkeit ausschließlich nach der Tüchtigkeit ohne Rücksicht auf das Dienstalter. Diese Zeugnisse werden von den Oberinstructoren der Waffe ausgestellt, und zwar bei der Infanterie und den Schützen für die Beförderung zum Hauptmann im Einverständniß mit dem Bataillonscommandanten, für die Beförderung zum Major im Einverständniß mit dem Regimenterscommandanten, bei den übrigen Waffen unter Zustimmung des Abtheilungscommandanten, unter welchen die zu ernennenden Hauptleute zu stehen kommen. Bei der Infanterie und den Schützen sind die Zeugnisse mit dem Bisum des Divisionärs, bei den andern Waffen mit dem des Waffenhefs zu versehen. Schließlich wurden noch Art. 74 bis und mit 78 erledigt, welche einige allgemeine Bestimmungen über die Entlassung der Offiziere enthalten. Ohne Debatte wurden sie nach dem Antrage des Bundesraths genehmigt.

### [Rückkehr des S.

Deutschland.] Die „Gazzetta d'Italia“ schreibt: Der Divisionschef im Ackerbau- und Handelsministerium Herr Cerboni ist nach Beendigung der ihm von der Regierung anvertrauten Mission nach Italien zurückgekehrt. Er hat zugleich mit Herrn Correnti, der statistischen Conferenz in Stockholm heigewohnt und sich nach Schluss derselben dem Studium des Verwaltungs- und Rechnungsfaches in verschiedenen Staaten gewidmet, Herr Cerboni hat bei den auswärtigen Regierungen, denen er sich behufs der Erfüllung seiner Mission vorgestellt hat, die wärmste Aufnahme und die thakräftigste Unterstützung gefunden. In Stockholm, in Petersburg, in Kopenhagen, in Berlin und in Wien hatte er Gelegenheit, das Verwaltungs- und Rechnungsfach im Detail kennenzulernen. Er hat sich nicht mit einer allgemeinen Uebersicht begnügt, sondern den praktischen Dienst auf das Eingehendste studirt. Seine theoretischen und praktischen Untersuchungen wurden ihm von den auswärtigen Regierungen in jeder Weise erleichtert; in Petersburg und in Berlin wurde ihm als eine besondere Gunst nicht sowohl für seine Person, als vielmehr für die von ihm repräsentirte italienische Regierung, die Möglichkeit gewährt, im Schatzamte eine vollständige Kassenrevision vorzunehmen. Wäre seine Zeit nicht zu kurz bemessen gewesen, so hätte er dasselbe in Wien thun können, wo ihm gleichfalls die Erlaubniß dazu gewährt worden war. Diese Thatsachen beweisen aufs Neue die Achtung und Sympathie, deren sich Italien im Auslande erfreut, und gereichen der Intelligenz und dem Elter des Herrn Cerboni bei der Erfüllung seiner Mission zum höchsten Lobe. Seine im Auslande gemachten Studien werden jetzt, wo die administrativen Reformen einen hauptsächlichen Theil des ministeriellen Programms ausmachen, und wo das Parlament sich bald mit denselben beschäftigen müssen, von unschätzbarem Werthe sein. Es ist in Italien noch viel zu thun, um das Prestige der Verwaltung zu erhöhen, welche im Auslande in weit höherer Achtung steht, als bei uns, weil es anderswo besser als bei uns gelungen ist, den Corporationsgeist der Verwaltung mit dem Staatsinteresse zu verbinden. Der deutsche Reichskanzler Fürst Bismarck hat gegen Herrn Cerboni geäußert, er, der es gewagt habe, den Kampf mit der Diplomatie, mit den Clericalen, mit jeder Art von Opposition aufzunehmen, würde es sich doch niemals einfallen lassen, sich mit der Verwaltung in Widerspruch zu setzen; denn er wisse zu gut, welchen Händen sie anvertraut sei und wie stark in ihr das Pflichtgefühl wirke, verbunden mit einem edlen Corporationsgeiste. Wir wollen wünschen, daß man in Italien bald

[Zur Wahlbewegung. — General Cerotti. — Verurtheilung.] Man schreibt der „A. B.“: Die Wahlbewegung scheint, allen Nachrichten nach, die aus den Provinzen kommen, überall in gutem Gange zu sein. Die hiesigen Zeitungen bringen zahlreiche und lange Correspondenzen aus allen Gegenden der Halbinsel; aber da sie meist parteiisch gefärbt sind, so ist es nicht leicht, sich danach ein klares Bild von der Lage zu machen. So viel scheint sicher, daß Clericale, Republikaner und Internationalisten, um auch diesen paar Unschuldigen die Ehre zu geben als Partei aufgeführt zu werden, keinen Anteil an der Bewegung nehmen, wie nach der Natur des Wahlgesetzes, welches das Proletariat, ländliches wie städtisches, ausschließt und den Großgrundbesitz durch die Menge der Kleinbürger und der studirten Leute neutralisiert, oder doch nicht zu vorwiegendem Einflusse gelangen läßt, im voraus wohl anzunehmen war. Dagegen tummelt sich die constitutionelle Linke mehr als je, nur ist man so gewöhnt, sie den Mund voll nehmen zu sehen, daß man ihren sanguinischen Erwartungen und Vorhersagungen keinen rechten Glauben schenken mag. Doch scheint diesmal auch die liberale Partei, die sich sonst durch ihre Lauheit und Gleichgültigkeit auszeichnet, sich etwas anstrengen zu wollen. Überall haben sich Ausschüsse gebildet, und man hofft sogar einige Siege zu gewinnen. Im Allgemeinen jedoch ist höchst wahrscheinlich, daß auch diesmal wieder dieselben Wahlcollegien dieselben Deputirten schicken werden. Unter den wenigen Ausnahmen mag der letzte Ministerpräsident, Dr. Lanza, erwähnt werden, den seine Wähler in einem kleinen piemontesischen Wahlbezirk, den er seit zwanzig Jahren im Parlament vertritt, nicht wiederwählen wollen, weil er das Localinteresse nicht genug gewahrt habe. Herr Lanza hat in einem sehr würdig gehaltenen Briefe sogleich seine Entschließung mitgetheilt, nicht wieder die Candidatur in dem bisherigen Collegium annehmen zu wollen. Sofort hat ihm denn auch ein Quartier Turins einen Sitz angeboten, welchen anzunehmen er sich bereit erklärt hat, falls die Wahl günstig ausfällt. Auch hier in Rom, wo noch alles zu schlummern scheint, dürften einige der alten Vertreter diesmal ausgeschlossen werden. Der bejahrte (blinde) Herzog von Sermoneta ist

denn doch noch nicht die Oberhand hier. General Garrotti ist in einen fatalen Prozeß verwickelt — man beschuldigt ihn bei der Versteigerung eines geistlichen Gutes unrechte Mittel gebraucht zu haben, um es sich zu schlagen zu lassen — und kann bis zur Erledigung desselben nicht wohl als Kandidat auftreten. Man hat auch Garibaldi einen Sit angeboten, und zwar gerade für Rom; er war aber so klug, sich nicht darauf einzulassen. Uebrigens ist hier, wie gesagt, noch alles still; keine Wählerverammlung hat stattgefunden, kein Ausschuß ist gebildet worden: vielleicht wartet man nur die Entscheidung eines schwedenden Prozesses ab, der um die ungerechtfertigte Streichung (seitens des Präsidiums) vieler Stimmberechtigten von der Wählerliste geführt wird.

Da ich von Herrn Gadda rede, so sei auch noch erwähnt, daß der Redakteur des „Don Pirroncino“ wegen Beleidigung unjures Präfekten

zu 1000 Franken Geldbuße und einem Jahr Gefängnis verurtheilt worden. Dies hätte einem deutschen Journalisten Fürst Bismarck gegenüber passieren sollen! Welche Artikel über die Schreckensherrschaft, der die deutsche Presse unterworfen ist, hätten wir da nicht zu hören bekommen! Freilich ist jener Redakteur ein simpler Herr Chauvet, kein Graf Arnim oder gar ein Graf Lamarmora.

[Der Papst ein Freimaurer.] Man liest in der „Daily News“

am 14. d. M.: „In der Semestral-Versammlung der Freimaurerloge schottischen Ritus zum „großen Orient“, welche am 27. März in Palermo statt-

fand, wurde feierlich erklärt, daß der Bruder Mastai-Ferretti (Papst Pius IX.) aus dem Orden gestrichen sei und zwar wegen Treubruch und Nichteinhal-

tung des Gelübdes. Das Decret der Loge von Palermo wurde in dem offi-

ziellen Journal der Freimaurer in Köln veröffentlicht. Dieses Decret wird

durch das Protocoll eingeleitet, welches von der Loge, in welche im Jahre

1828 Mastai-Ferretti sich aufzunehmen ließ, ausgefertigt wurde, und führt

folgendermaßen fort: „Ein Mann Namens Mastai-Ferretti, welcher die

Loge der Freimaurer erhielt und feierlich die Gelübung ablegte, wurde

zum Papst und König unter dem Namen Pius IX. gewählt.

Dieser hat sich gegen seine Brüder feindselig erwiesen und über-

haupt alle Freimaurer excommunicirt. In Folge dessen wird Mastai-

Ferretti gemäß dem Decret der Loge „zum großen Orient“ in Palermo aus

dem Orden wegen Treubruchs gestrichen. Die dem Mastai-Ferretti zur Last

gelegten Thatachen waren dieser Loge schon 1865 zur Kenntniß gebracht

worden. Dem Beschuldigten wurde hiervon Mittheilung nach Rom gemacht,

mit der Weisung vor der Loge zu erscheinen und sich zu rechtfertigen. Er

hat hierauf nichts geantwortet und die Angelegenheit blieb auf diesem Punkte,

bis zu dem Augenblick, in welchem er dem Clerus von Brasilien eintrat,

wurde eine zweite und dritte Vorladung ausgesetzt, aber ebenfalls ohne

Ergebnis, woraus denn dieses Decret und das Auschließungs-Urtheil erlassen

wurde.“ Das Decret ist unterzeichnet: Victor Emanuel, König von

Italien, Großmeister des Ordens von Italien.“

[Die Demokraten in Genau haben Herrn Emilio Castelar vor

beispielhaft nach Spanien einen Festessen gegeben. Es fehlte natürlich nicht

an Trinkwünschen auf den Triumph der Demokratie; auch wurde an den

General Garibaldi ein Telegramm abgesandt.

## Großbritannien.

**London, 19. October.** [Der Wortlaut des Schreibens, welches der Bischof von Winchester an den Bischof von Melbourne über den Alt-katholizismus richtete,] liegt nun mehr vollständig vor, und da in letzter Zeit fast ausschließlich von den romanistischen Tendenzen der englischen Kirche gesprochen wird, dürfte es angezeigt sein, auf diesen Brief einen besonderen Nachdruck zu legen, um zu zeigen, daß auch noch andere nicht minder mächtige Strömungen dort vorhanden sind. Mit Bezug auf die Bonner Unionskonferenz bemerkte der Prälat:

„Es handelte sich durchaus nicht darum, eine vollkommene Übereinstimmung der Meinungen herbeizuführen. Schwesternkirchen müssen einig in Herz und Geist nicht aber im Außern sein. Es war schon mehrmals genug, und ich danke Gott dafür, daß Männer, die sich kaum von Rom losgerissen, uns eine Reihe von Artikeln zu gemeinsamer Annahme vorlegen konnten... Aber ich zugegen gewesen, so hätte ich den Wortlaut des Artikels etwas geändert und für „Tradition“ „ursprüngliches Zeugnis“ oder „früheren historischen Beweis“ gesetzt. Es hätte dann wirklich Döllinger's Vorwurf nichts anderes bedeutet, als jenes von George Stanley Faber (einem hochbetagten Gelehrten) so oft angeführte Wort Tertullian's: „Was zuerst war ist wahr und was später, ist falsch.“ In diesem Sinne widerstreitet „Tradition“ nicht im geringsten gegen Art. 6 der englischen Kirche. Auf jeden Fall hat die Unionskonferenz dagehant, daß Döllinger und die große Masse der Alt-katholiken sich von den altmodischen gemäßigten Anhängern der englischen Kirche nicht weiter unterscheidet, als letztere von den drei extremen Gruppen, die jetzt in derselben existieren. Ich nenne mich einen altmodischen Katholiken und finde in dem gegenwärtigen drei extremen Schulen viel mehr, was mir widerstrebt, als in allem, was ich bei den Alt-katholiken gesehen und gehört habe. Nichtsdestoweniger möchte ich Niemand, der zu einer der drei Parteien gehört, von meiner Gemeinde ausschließen. A fortiori würde ich Männer wie Döllinger und solche willkommen heißen, welche gleich ihm ihr Eltern entflohen sind, für welche in unserer Gemeinschaft viel zu viel Sym-pathie herrscht.“

## Provinzial-Beitung.

**Breslau.** In der Sitzung des Vereins für Geschichte und Alterthum Schlesiens am 14. October sprach der Vorsitzende, Archivrat Dr. Grünhagen, über die Zeit des ersten schlesischen Krieges von der Besiegung Breslaus bis zum Friedensschluß, schilderte und würdigte die Veränderungen des Breslauer Stadtregiments und die Aufhebung der schlesischen Ständeversammlung, verfolgte dann die Unterhandlungen Friedrichs mit Maria Theresia bis zum Kl. Schnellendorfer Vertrage (9. October), beprach des Königs nachmaligen Rücktritt von dieser Abkunft und führte schließlich, ohne auf die Kriegsoperationen, nachdem diese nicht mehr auf schlesischem Boden sich abspielten, näher einzugehen, seine Darstellung bis zum Breslauer Frieden (11. Juni 1742), zugleich im Einzelnen ausführend, wie Ober-Schlesien eigentlich niemals von Friedrich dem Großen begeht worden, sondern vielmehr nur von österreichischer Seite als Erblass für die zwei böhmischen Kreise (Königgrätz und Pardubitz), welche Friedrich begehrte und Maria Theresia nicht hergeben wollte, angeboten und dann schließlich von dem Könige angenommen worden ist.

**Breslau, 23. October.** [Angekommen.] Ihre Durchlaucht Fürstin von Sulkowska, auf Schloss Neuen [Fremdenbl.]

\* [Zur Geschleihung.] Für die in einigen östlichen Provinzen mehrfach vorkommenden evangelischen Kirchengemeinden, deren Sprengel in nichtreussisches Gebiet übergreift, ist in Folge des Civil-standsgezes vom 9. März d. J. die Frage entstanden, in welcher Form die Geschleihung für den nichtpreußischen Theil der Parochianen künftig zu bewirken ist. Der Evangelische Ober-Kirchenrat hat sich hierüber in einem Erlass an das königliche Consistorium in Breslau unter dem 3. d. M. wie folgt geäußert:

„Das genannte Gesetz bestimmt in § 24, daß innerhalb seines Geltungsbereichs nur in der durch dasselbe vorgeschriebenen Form eine bürgerlich geltige Ehe geschlossen werden kann, und daß die religiösen Feierlichkeiten einer Geschleihung zur Vermeidung der dem Geistlichen durch einen Reichs-Strafgesetzbuch angedrohten Strafe erst nach Schließung der Ehe vor dem Standes-Beamten stattfinden dürfen. Bei

der nicht in Preußen wohnhaften Parochial-Genossen ist jedoch, wenn nicht wenigstens der eine Theil in Preußen seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat (§ 25 das.), die bürgerliche Abschließung der Ehe unzulässig, auch wird eine bürgerliche eingegangene Ehe für die in Österreich, Sachsen, Mecklenburg, ihren Heimatgegenden unterworfenen Parochianen vor einer Anzeigstellung der rechtlichen Gültigkeit in ihrer Heimat nicht völlig gesichert sein. Andererseits bietet die kirchl. Trauung, wenn sie innerhalb Preußens vorgenommen werden soll, sowohl wegen der möglichen strafrechtlichen Verfolgung des Geistlichen, als nach der Seite der rechtlichen Kraft der Handlung erstaunliche Bedenken, letzteres namentlich, weil das Allgemeine Landrecht Th. I. Lit. 5 § 111 ausdrücklich vorschreibt, daß die Form eines Vertrages nach den Gegebenen des Orts, wo er geschlossen worden, zu beurtheilen ist. Das Gesetz vom 9. März dieses Jahres enthält über die in Anew liegenden Verhältnisse keine Bestimmung, und eine Communication, welche wir über die Auslegung des Gesetzes in Hinsicht dieser Fragen mit den kö-

niglichen Staatsbehörden angemeldet haben, hat zu einem Ergebnis noch nicht geführt. Da inzwischen das königliche Consistorium schon eine Anfrage über die Instruction der Geistlichen in den von der Landesgrenze durch schnittenen Parochien an uns gerichtet hat, nehmen wir Veranlassung, uns jetzt über die Sache auszusprechen, und beauftragen das königliche Consistorium, den betreffenden Geistlichen dringend zu empfehlen, daß sie Trauungen ihrer nichtpreußischen Parochianen nur auf dem Parochialgebiete selbst, welches nicht in Preußen belegen ist, vornehmen. Dabei ist die bis zum 1. October dieses Jahres geltende agendaire Form zu benutzen und das Aufgebot in der bisherigen Weise zu behandeln. Bei Heirathen zwischen preußischen und nichtpreußischen Parochianen wird es im Interesse der Parothen am ratsamsten sein, daß sie sich sowohl der bürgerlichen Geschleihung im dieszeitigen, als der kirchlichen Trauung im jenseitigen Gebiet unterziehen.“

\* \* [An der Wallfahrt nach Trehnitz, die am 21. d. M.

von ca. 6—700 Mitgliedern der Katholiken-Versammlung als Donaufahrt „für den glücklichen Verlauf der kathol. Versammlung und ganz besonders für die glückliche Errettung“ des Fürstbischofs „auf den verschiedensten Fuhrwerken“ unternommen wurde, heiligten sich, wie die „Schl. Volks-Ztg.“ meldet, u. a. auch die Grafen: Praschma, Schaffgotsch, Sauerma-Tetsch, Vallextrem, Stolberg-Stolberg, Henckel v. Donnersmark, v. Nayhauss-Cormons, Matuschka, Frhr. v. Kölker, hr. v. Ulrich r. r. — Die Messe an dem Grabe der heil. Hedwig celebrierte um 10 Uhr der Prinz Edmond v. Radziwill (Vicar zu Ostrowo). — Nach dem Gottesdienst wurde das in einem Theile des alten Klostergebäudes eingerichtete, von dem Verein der schles. Malteser-Ritter ins Leben gerufene Krankenhaus der barmherzigen Schwestern von hl. Borromäus besichtigt.

d. Landeshut, 21. Octbr. [Der Ober-Präsident.] Gestern Morgen trat, auf einer Reisungsreise begreiflich, der Herr Ober-Präsident der Provinz Schlesien, Herr Freiherr von Nordenflycht, hier ein und fuhr im Begleitung des hiesigen Landrats Herrn v. Külow weiter nach Liebau. Obgleich schon am Nachmittag zurückgekehrt, weshalb der Magistrat und die anderen Behörden zum Empfang versammelt waren, kam derselbe erst gegen 6 Uhr mit dem Buge hier an und reiste nach einer kurzen Unterhaltung mit Herrn Superintendent Richter weiter nach Breslau.

— ch. Neichenbach, 22. October. [In gestriger Sitzung des evangelischen Gemeinde-Kirchenrats] wurden folgende Gehälter der Kirchenbeamten beschlossen. Es sollen in Zukunft erhalten: Der Pastor prim. 1200 Thlr., der Pastor secund. 1000 Thlr., der Cantor 400 Thlr., der erste Küster 330 Thlr., der zweite Küster 300 Thlr., der Glöckner 200 Thlr., der Kirchenräuber 100 Thlr. pro anno. Nach Genehmigung der Regierung treten diese Beschlüsse in Kraft. — Unser neues Rathaus geht nun seiner Vollendung entgegen; zum Theil ist dasselbe schon bewohnt, das Postamt hat seine Räume bereits begeben, der Restaurationssteller ist eröffnet und Spar- und Kämmererlaube sind auch schon überseidelt.

D. Frankenstein, 21. Oct. Unglücksfall. — Militär-Verein-Civilehe.] Um Montage verunglückt zu Wartha ein bei der Güterexpedition beschäftigter Eisenbahn-Unterbeamter durch Herabfallen vom Wagen und fand dabei seinen augenblicklichen Tod. Der Fall wurde durch einen unvorhergesehenen Zusammenstoß von Wagen herbeigeführt und der Verunglückte von den Rädern zerstampft. Die Vernehmung der Zeugen ergab, daß Unvorsichtigkeit die alleinige Ursache des traurigen Vorfalls war. — Der Militär-Verein feierte den diesjährigen Geburtstag des Kronprinzen durch einen Festszug nach dem Schiekhause, in dessen freundlichen Gärten Nachmittags ein Concert und im festlich geschmückten Saale Abends ein Ball stattfand; bei beiden war die Stadtapelle thätig. — Am vorigen Sonnabend hat hier die erste Civil-Trauung stattgefunden; der Bräutigam hat den Weg der kirchlichen Trauung nicht in Anspruch genommen, und der Vorheil der Civilehe sich dabei recht klar gezeigt. Der Mann ist evangelisch, die Frau dagegen katholisch und beide mit dem Geheiraten ganz zufrieden, da auch die bisherigen Nachfragen über Kindererziehung und anderen Belastigungen in Wegfall kommen. Die Geistlichkeit hält über die Vornahme der Civiltrauungen genaue Nachforschungen, um später das etwaige Verlangen einer Laufe von Kindern ablehnen (?) zu können.

= Neisse, 22. October. [Präparanden-Anstalt.] Mit Genehmigung der königlichen Regierung zu Oppeln wird Herr Lehrer Klar hierorts am 1. November eine Präparanden-Anstalt eröffnen. Der Anstalts-Vorsteher beabsichtigt, die Zöglinge gegen billige Entschädigung (je nach Abkommen 6—10 Thlr. pro Monat) in Kost und Wohnung zu nehmen. Das Schulgeld soll gleich dem anderer Anstalten 12—24 Thlr. pro Jahr betragen. Bedürftige und würdige Präparanden werden seitens der königlichen Regierungen Unterstützungen zu Theil werden. Meldungen, denen 1) das Kaufzeugnis, 2) der Impfzettel, 3) ein Gesundheitsattest, 4) ein Bezeugnis über die bisher genossene Schulbildung sowie über die Führung, 5) die Erklärung des Vaters, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer seiner Präparandenzeit gewahren werde, beizufügen sind, nimmt der Anstaltsvorsteher, Herr Lehrer Klar, Peterstraße Nr. 19, entgegen. Wir dürfen mit Recht erwarten, daß die zu Anstalt unter der bewährten Kraft des Herrn Klar, dem es außerordentlich gelungen ist, noch zwei andere tüchtige Lehrkräfte zu gewinnen, recht bald erblühen und allerseits befriedigende Resultate erzielen wird. Wir können daher der Anstalt nur alles Glück wünschen und dieselbe allen Eltern bestens empfehlen.

Notizen aus der Provinz.) \* Glogau. Der „Landbote“ berichtet: Ein junger Mann aus Oesterreich, welcher seit einiger Zeit als Volontair in einem hiesigen Geschäftshause thätig war, hatte am 1. d. M. sein Engagement verlassen. Am letzten Freitag Abends, als er gerade im Begriff stand, sich mit einer Berliner Localsänger vom Hamburger Bahnhof in Berlin nach Hamburg zu begeben, um von dort nach Amerika zu gehen, wurde er plötzlich auf Anhänger seines bisherigen Principals verhaftet. Der letztere

hatte nämlich inzwischen in Erfahrung gebracht, daß jener auf Namen des

Geschäfts-Schulden im Betrage von 650 Thaler contrahirt hatte. Durch die Vermittelung eines mit den Eltern des Durchbrenners bekannten hiesigen Geschäftsmannes wurde die Angelegenheit jedoch regulirt und haben, wie verlautet, beide liebesbedürftigen jungen Leute ihre Reise über das Meer bereits angebrochen.

# Aus dem Kreise Hallenberg wird der „Neiss. Ztg.“ geschrieben:

Laut Verfügung des Herrn Oberpräsidenten war es bisher den beiden Hauskaplänen Herrn Klerlein in Gr. Maplendorf und Langer in Bielitz gestattet, für die zur Haushaltung gehörigen Personen die geistlichen Funktionen auszuüben; dieser Tage ist jedoch den Besitzern von Gr. Maplendorf und Bielitz mit Bezug auf ihre Hauskapläne, folgende landräthliche Verfügung zu Theil geworden: „Nach einer ministeriellen Entscheidung geopenet Hauskapläne

da sie einen bestimmten Kreis von Personen (Hausherr und Familie) innerhalb einer Parochie pastorierten, zur Classe des Volontaires und unterliegen demnach der Vorschrift des Gesetzes vom 11. Mai d. J. in Gemäßheit des § 2. Hier

nach wird ein Geistlicher, welcher in der Eigenschaft als Hauskaplan geistliche

Handlungen vornimmt, ohne vorher in Gemäßheit des § 15 des Gesetzes be-

nannt zu sein, resp. den Nachweis seiner geszmäßigen Berufung geführt zu haben, bei weiterer Amtirung sich unbedingt der Euleitung einer strafgerichtlichen Untersuchung aussehen.“ — Die Hütte-Krankheit, welche in unserem Kreise so viele Opfer gefordert hat, scheint auch beim Beginn der kälteren Jahreszeit nicht nachlassen zu wollen. Zwei neue Ortschaften, Korpitz und Larmize sind von dieser durchbrennen und schwerzlichen Krankheit wieder heimgesucht worden. Die meisten Erkrankungen und Todessfälle kommen unter den Kindern im Alter bis zu 12 Jahren vor.

+ Katowitz. Die hies. „Ztg.“ meldet: Am 21. October frisch fand man in dem Graben, welcher die Grubenwasser von Ferdinandgrube dem hiesigen Parke entlang abschüttet, die Leiche des Postunterbeamten Brunow. Br. hatte gestern Abend um 10 Uhr einen expressen Brief nach Bogischitz zu bestellen. Nachdem er sich seines Auftrages entledigt, trat er den Rückweg zur Stadt an. Wahrscheinlich hat er den Weg verfehlt, stürzte über den steilen Rand des nicht umwehrten Grabens in das Wasser, kam auf das Gesicht zu liegen und sank so seinen unvorhergesehenen Tod. Die Leiche wurde in das städtische Lazareth geschafft. Br. hinterläßt den Auf eines ordentlichen, ruhigen und pflichttreuen Beamten.

△ Königsbrücke. Die „Ob. B.-Ztg.“ meldet: Am 18. October fand die feierliche Einweihung der neu erbauten zweiten katholischen Kirche hier selbst statt. Den Weiheact vollzog Herr Kanonikus Gleich aus Breslau unter Aufsicht von 24 Geistlichen. An der feierlichen Prozession beteiligten sich die Vertreter der Stadt, der Hütte und der Grubenverwaltung, so wie der Herr Kreislandrat v. Witten, und der Herr Bürgermeister Küper aus Beuthen O.S. Nach der Weihe fand ein Festessen im Hotel zur Stadt Königsbrücke statt (Schall), wozu 50 Personen besonders geladen waren. Die deutsche Festrede hielt Herr Pfarrer Simon aus Schweidnitz, die polnische Curatus Michalski aus Lipine. Der deutsche Redner forderte am Schlüsse der Predigt die Gemeinde auf, für den Papst, für unsern Kaiser und König, für den Kronprinzen, dessen Geburtstag sei, wie der Red-

ner bemerkte, zu beten und Heil und Segen über sie herab zu schlehen. — Ferner meldet die „Ob. Grenzg.“: Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß im Walde zwischen Gleiwitz und Zabrze nicht weit hinter dem Holzhouse ein beabsichtigter Überfall auf die durch den Rendanten Kiedel vom hiesigen Hüttenwerk bei der Gleiwitzer Bank erhobenen Vorschürgelder im Betrage von vielen tausend Taleren glücklich zurückgeschlagen worden ist. Es pflegen gewöhnlich zu dem Gebäude zwei Fuhrwerke nach Gleiwitz zu gehen. Diesmal fuhr der Wagen mit der Kasse, auf welchem sich ein Kassenwächter und der Fuhrmann befanden, ein Stück zurückgeblieben sein, während dieser Zeit bog der Wagen in den Wald ein, wo ihm ein Mann entgegenkam, der an den Kassenwächter die Bitte stellte, ihn mitzunehmen. Da dies entschieden abgelehnt wurde, suchte er Gewalt dem Wagen zu bestehen. Glücklicherweise gelang es dem Kassenwächter ihn zurückzuholen und seinen siebenläufigen Revolver zu ziehen, mit welchem er die Räuber durch die Drohung verscheute, er schieße sie sofort nieder, falls sie sich nicht entfernen sollten. Der Räuber hielt mittlerweile mächtig auf die Pferde ein und im laufenden Galopp entflogen sie glücklich den Räubern, welche sich zu spät in einer Anzahl von fünf Mann versteckt hatten, um den Wagen einzuholen. — Ein besonderes Lob gebührt dem Kassenwächter, der während der Verfolgung mit der größten Kaltblütigkeit sein Gesicht den Räubern zugewandt und denselben mit gestrecktem Arm den Revolver entgegenhielt, so daß sie nicht herankommen konnten. Wie wir hören, hat er als Anerkennung für seine tapfere Haltung eine Prämie von 10 Thlr. erhalten. — Auf der Gräfin Lauragrube ist am 21. Oct. Nachm. 4—5 Uhr wieder ein Unglücksfall vorgekommen. Bei Aufstellung eines Gerüthes am Förderbachtal waren 8 Bimmerleute beschäftigt; ein in bedeutsamer Höhe liegender Balken stürzte durch Aufsteigen von 5 Mann das Übergemach, wodurch die fünf verletzt wurden. Leider mußte einer derselben, Namens Mierwa, sein Leben

7 Thlr. 14½–14 Sgr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. Januar-Februar — Rohm. bez., pr. April-Mai 21,7 Rohm. bez. — Gelindigt 500 Ctnr. Kündigungsspreis 7 Thlr. 24 Sgr. — Dörfelten: Raps — Thlr. Rüböl — Thlr. nach Qualität. — Rüböl per 100 Kilo netto loco 16% Thlr. bez., mit Fak — Thlr. bez., vor October 17%—17½—17¾ Thlr. bez., pr. October-November 17½—17¾—17½ Thlr. bez., pr. November-December 17%—17½—17¾ Thlr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. April-Mai 56,5—56,7 Rohm. bez., pr. Mai-Juni 57,5—57,7 Rohm. bez. — Gelindigt 100 Ctnr. Kündigungsspreis 17½ Thlr. — Leindl loco 22½ Thlr. — Petroleum vor 100 Kilogr. incl. Fak loco 7 Thlr. bez., pr. October 6%—6%—6% Thlr. bez., pr. October-November 6%—6%—6% Thlr. bez., pr. November-December 6%—6%—6% Thlr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. April-Mai — Thlr. bez. Gelindigt — Barrels. Kündigungsspreis — Thlr.

Spiritus pr. 10,000 Liter loco „ohne Fak“ 18—17 Thlr. 27 Sgr. bez. ab Speicher — Thlr. — Sgr. bez., „mit Fak“ pr. October 18 Thlr. 7—3 Sgr. bez., pr. October-November 18 Thlr. 7—3 Sgr. bez., pr. November-December 18 Thlr. 5—2 Sgr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. April-Mai 56,5—56 Rohm. bez. Gelindigt 40,000 Liter. Kündigungsspreis 18 Thlr. 6 Sgr.

\* Breslau, 23. Octbr. 9% Uhr Borm. Die Stimmung am heutigen Markt war im Allgemeinen sehr ruhig, bei ausreichenden Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen, bei schwachem Angebot kaum preishaltend, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 5% bis 6% Thlr., gelber 5% bis 6½ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in rubiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 5% bis 5½ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste keine Qualitäten gut beachtet, pr. 100 Kilogr. 5% bis 5½ Thlr., weiße 5% bis 6 Thlr.

Häfer behauptet, pr. 100 Kilogr. 5%—5% bis 5½ Thlr.

Erben ruhiger, pr. 100 Kilogr. 6% bis 7% Thlr.

Widen behauptet, pr. 100 Kilogr. 6% bis 6½ Thlr.

Lupinen gute Auslastung, pr. 100 Kilogr. gelbe 4% bis 4½ Thlr., blaue 4 bis 4½ Thlr.

Bohnen matt, pr. 100 Kilogr. 7% bis 8% Thlr.

Mais unverändert, pr. 100 Kilogr. 5% bis 5½ Thlr.

Dörfelten gut behauptet.

Schlaglein nur billiger verkauflich.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr. Sgr. Bf.

Schlag-Leinsaat.. 7 15 — 8 7 6 8 17 6

Winter-Raps... 7 15 — 7 27 6 8 2 6

Winter-Rüböl.. 7 5 — 7 12 6 7 22 6

Sommer-Rüböl.. 7 5 — 7 15 — 7 25 —

Leindotter... 7 5 — 7 10 — 7 20 —

Rapskuchen preishaltend, schlesische 75—77 Sgr. per 50 Kilogr.

Leinsuchen unverändert, schlesische 112—114 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleesaat in matter Haltung, — neue rothe ordinate 12—13 Thlr.

mittlere 13%—13% Thlr., keine 14—14% Thlr., hochfeine 15% Thlr. pr. 50 Kilogr. — weisse wenig zugeführt, ordinare 15—16 Thlr., mittlere 17—18 Thlr., keine 18½—19 Thlr., hochfeine 19½—21 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Thomoth. ohne Umfah., 9—10—11 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Mehl unverändert, pr. 100 Kilogr. unversteuert Weizen: seim 10 bis 10½ Thlr., Roggen: seim 9%—9% Thlr., Haubaden 8½ bis 8½ Thlr.

Roggen-Futtermehl 4½—5 Thlr., Weizenkleie 3½—4½ Thlr.

wartet. Es heißt, derselbe wolle sich persönlich von dem Zustande an der Grenze überzeugen und Material für eine Entgegnungsnote an die Madrider Regierung sammeln. Auf dem Kriegsschauplatz herrscht vollkommene Ruhe und man glaubt nicht, daß es in diesem Jahre noch zu einem größeren Zusammenstoß kommen wird.

Petersburg, 22. October. Der Vertrag zwischen Österreich und Russland betrifft Theilung des der Diöcese von Krafau gehörigen Kirchenvermögens ist unterzeichnet und ratifiziert worden. — Der Kaiser wird Ende d. Ms. von Livadia hier zurück erwartet.

## Berliner Börse vom 22. October 1874.

Wechsel-Courses.		Eisenbahns - Stamm - Aktien.	
Amsdorff. 8 T.	34½ 143½ bz	Divid. pro 1872	1873 12
do. 2 M.	37½ 142½ bz	1	4 32 b,B
Augsburg 100 Fl.	2 M. 4½ 56,20 G	Anchen-Mästrich.	6 3 4 85½—4½ bz
Frankf. M. 1000 Fl.	2 M. 5 —	Berg. Märkische.	6 3 4 85½—4½ bz
Leipzig 100 Thlr.	8 T. 5½ 99½ G	Berlin-Ahmat.	17 6 4 145½ bz
London 1 Lst.	3 M. 4 6,22½ bz	do. Dresden.	5 5 5 63 bz
Paris 300 Frs.	8 T. 4 81½ bz	Berlin-Görlitz.	3½ 3 4 83½ bz
Potsburg 1000 S.	3 M. 5½ 93½ bz	Berlin-Hamburg.	12 10 4 187½ G
Wien 150 Fl.	8 T. 4 91½ bz	Berl. Nordbahn.	5 5 5 29½ bz
do. do.	2 M. 4½ 91 bz	Berl.-Potsd. Magd.	8 4 4 101 bz

Fonds- und Gold-Course.		Eisenbahns - Stamm - Aktien.	
Staats-Akt. 4½% bzG	—	Divid. pro 1872	1873 12
Staats-Akt. 4½% bzG	—	1	4 32 b,B
do. consolid.	4½% 105½ bz	Anchen-Mästrich.	6 3 4 85½—4½ bz
do. 40jige.	4½% 99½ bz	Berg. Märkische.	6 3 4 85½—4½ bz
Staats-Schuldscheine.	3½ 91½ bz	Berlin-Ahmat.	17 6 4 145½ bz
Präm.-Anleihe v. 1855	5½ 129½ G	do. Dresden.	5 5 5 63 bz
Bezirker Städts-Oblig.	4½ 102½ bz	Berlin-Görlitz.	3½ 3 4 83½ bz
Berliner Städts-Oblig.	4½ 100½ bz	Berlin-Hamburg.	12 10 4 187½ G
Pommersche.	4½ 87½ bz	Berl. Nordbahn.	5 5 5 29½ bz
Pommersche.	4½ 94½ bz	Berl.-Potsd. Magd.	8 4 4 101 bz
Schlesische.	4½ 84½ G	Böh. Westbahn.	5 5 5 87½ bz
Kur. u. Neumark.	4½ 95½ G	Brotal-Friedb.	7½ 8 4 103½ bz
Pommersche.	4½ 97½ G	do. neue.	5 5 5 101 bz
Pommersche.	4½ 97½ G	Gölin-Minden.	97½ 8½ 4 130½ bz
Preussische.	4½ 98½ bz	do. neue.	5 5 5 109½ bz
Sächsische.	4½ 98½ G	Gotha. Eisenb.	6 6 6 6
Sächsische.	4½ 98½ G	Dux-Bodenbach.	5 5 5 36½ bz
Badische Präm.-Akt.	4½ 113½ bz	Gal.-Carl-Ludw.-B.	7 8½ 4 109½—10½ bz
Bayrische 4½% Anleihe	4½ 116½ G	Hall.-Sora.-Gub.	9 0 4 33½ bz
OÖ. Mind.-Präm.-Obl.	3½ 102½ bz	Hannover-Altenb.	6 4 4 27½ bz
Kurh. 40 Thlr.-Loose 76½ B	—	Kaschau-Oderbrg.	5 5 5 66½ bz
Badische 35 FL-Loose 40% bz	—	Kronpr.-Müglitzb.	5 5 5 68½ bz
Präussch. Präm.-Akt. 24½ B	—	Ludwigsburg.	11 9 4 181½ bz
Oldenburger Rose 41½ bz	—	Magdeburg-Halberst.	9 0 4 33½ G

Hypotheken-Certificates.		Eisenbahns - Stamm - Prioritäts-Aktien.	
Schles. Bodenr. Pfndb. 5	100 bzG	Berlin-Görlitz.	5 5 5 99½ bz
do. do.	4½ 94½ G	Berlin. Nordbahn.	5 5 5 32 bzG
Königr. Ostn.-Brd.-Or. 4½	100% bz	Breslau-Warschaw.	9 0 4 41½ bz
Uzzk. do. (1872)	5½ 102½ bz	Halle-Sora.-Gub.	9 0 4 56 bz
do. rückz.	5½ 107½ G	Hannover-Altenb.	5 5 5 49½ bz
do. do. do.	4½ 99½ bzG	Kohlfurt-Falkenh.	5 5 5 66½ bz
Ukr.Hd. Pr.-Brd.-Ord. B.	5½ 102½ bz	Märkisch-Poener.	9 0 4 63½ bz
do. III. Em. do.	101 bz	Magdeburg-Halberst.	3½ 3 4 74½ bz
Künd.-Hyp.-Schuld.-do.	5½ 99½ bz	Ostpr. Süd. Bahn.	9 0 4 37 oz
Wyp. Anth. Nord.-G.-C. B.	5½ 101½ bz	Rechte-U.-Bahn.	6 5 5 118½ G
Pomm. Hypoth.-Briefe 5	105 B	Reichenberg-Feld.	4½ 4 4 70½ bz
Goth. Präm.-Pr. I. Em.	5½ 106½ G	Rheinische.	5 5 5 183½—4½ bz
do. do. II. Em.	5½ 104½ bz	Oester. St.-E. 10	10 4 4 87½ bz
do. do. do. 5½ 102½ bz	do. 101 bz	Oester. Nordw.-B.	5 5 5 87—88 bz
do. do. do. 5½ 102½ bz	do. 101 bz	Oester. südl. S.-B.	4 3 4 83½—4½ bz
do. do. do. 5½ 102½ bz	do. 101 bz	Oester. Südp. Bahn.	0 0 4 4
do. do. do. 5½ 102½ bz	do. 101 bz	Oester. O.-B. 10	10 4 4 101 bz
do. do. do. 5½ 102½ bz	do. 101 bz	Oester. U.-Bahn.	6 5 5 117½ bz
do. do. do. 5½ 102½ bz	do. 101 bz	Prag. (40% Eink.)	8 8 8 88½ bz
do. do. do. 5½ 102½ bz	do. 101 bz	Saalf.-Bahn.	5 5 5 57 G

Bank- und Industrie-Papiere.		Eisenbahns - Stamm - Prioritäts-Aktien.	
Anglo-Deutsch.Bk. 7½	0	4	54 bz
Allg. Deut.Hand.G. 9½	0	4	44 bz
Berl. Handels-Bk. 14	0	fr.	82 G
Berl. Bankverein. 18	5½	4	88 b,B
Berl. Kassen-Vor. 29½	20	4	291 B
Berl. Handels-Ges. 12½	6½	4	124 bz
Berl. Lomb.-Bank. 11½	0	4	32 B
Berl. Makler-Bank.	0	fr.	—
Berl. Prod. Mach.B.	8½	4	67½ bz
Berl. Wechsler-B.	0	fr.	50½ bz
Bresl. Disc.-B.	0	fr.	118 oz
Friedrichshain Co. 10	2%	4	90½ bz
Bresl. Mandl.-G. 9	5	4	71½ bz
Bresl. Makler-Bk. 30	0	4	74½ bz
Bresl. Mkl.-Ver.B. 7	5	4	88 G
Br. Pr.-Wech.-L. 12	0	4	65½ B
Bresl. Wechsler-B. 12	0	4	77½ B
Centralb. f. Genos. 14	0	4	87 bz
Centralb. f. Ind. u. Fin. 10	4	4	80½ bz
Coburg, Cred.-Bk. 7½	4	4	83½ bz
Danzig.-Priv. Bk. 7½	7½	4	120 B
Darmst. Creditibk.			